

Arbeiten, Kaufen, Verkaufen - rund um die Uhr?

Aufstehen für bessere Zeiten – ein Gespräch mit Anton Kobel über die Verlängerung der Ladenöffnung und ihre Folgen

Das Verhältnis von Arbeitszeit und freier Zeit ist seit Anbeginn der Lohnarbeit ein konfliktreiches, und es hat sich in den vergangenen Jahren nicht eben zu Gunsten der Beschäftigten verschoben. In der Ladenschluss-Debatte, die durch die jüngste Gesetzesänderung unter Rot-Grün neuerliche Aktualität erfahren hat, schienen die Gewerkschaften wie das berühmte gallische Dorf allein und mit dem Rücken an der Wand zu stehen. Selbst die eigene Mitgliedschaft, so hieß es, wolle „Einkaufen wie im Urlaub“: am liebsten rund um die Uhr. Doch es geht um mehr als freien Konsum. Die Flexibilisierung der Arbeitszeit im Einzelhandel folgt dem branchenübergreifenden Trend der Ausweitung von Betriebsnutzungszeiten – und sie hat Konsequenzen für die Lebens- und Arbeitszeiten aller Beschäftigten. Denn die grundsätzliche Frage lautet, ob und wie die vielzitierte „Zeitsouveränität“ möglich ist. Über die Hintergründe der aktuellen Ladenschlussdebatte, die ver.di-Demonstration in Berlin und die Erfahrungen mit der bisherigen Flexibilisierung der Öffnungs- und Arbeitszeiten sprach Kirsten Huckenbeck mit Anton Kobel, Gewerkschaftssekretär für den Einzelhandel im ver.di-Bezirk Mannheim/Heidelberg. Dabei ging es auch um Alternativen zur Deregulierung der Arbeitszeiten, wie sie z.B. Ulrich Mückenberger, Professor für Arbeits- und Europarecht an der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik, unter dem Stichwort „kommunale Zeitpakte“ in seinem Gutachten für den Bundestag vorgestellt hat, und damit um die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine „souveräne“ Verteilung von „Zeitwohlstand“ und „Zeitstress“.*

Am 13. März hat der Bundestag mit rot-grüner Mehrheit eine abermalige Änderung des Ladenschlussgesetzes beschlossen: die regelmäßige Samstagsöffnung bis 20 Uhr. Am 9. März hatte ver.di dagegen in Berlin demonstriert. Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement hatte auf die Protestschreiben an sein Ministerium geantwortet, es handele sich bei der geplanten Gesetzesänderung um eine „maßvolle“ Lösung, die die Interessen von KonsumentInnen, Beschäftigten und Einzelhandel gleichermaßen berücksichtige. Zur Erinnerung: Die FDP hatte eine vollständige Liberalisierung des Ladenschlusses, d.h. eine Aufhebung jeglicher bundeseinheitlicher, gesetzlicher Regelungen gefordert, die CDU/CSU wollte eine Liberalisierung der werktäglichen Öffnungszeiten, aber den Sonntag ausnehmen und weiterhin per Bundesgesetz regeln. War die rot-grüne Lösung also, wie aus ähnlichem Anlass oft in Gewerkschaften zu hören ist, das ‚geringere Übel‘, und war sie „maßvoll“?

Es ist ganz sicher das geringere Übel – aber es ist ein Übel, und zwar ein Gewaltiges für die Beschäftigten. Denn es geht nicht nur um vier Stunden zusätzliche Arbeitszeit, sondern um die Arbeitszeit samstags zwischen 16 und 20 Uhr. Das bedeutet, dass die Leute praktisch kein freies Wochenende mehr haben. Wer bis 20 Uhr arbeiten muss – und die Großkonzerne werden das ganz sicher durchsetzen, nicht in jedem Ort, aber bundesweit – der kommt, wenn er nicht gerade neben seiner Arbeitsstätte wohnt, angesichts der öffentlichen Verkehrsmittel, die wir haben, um halb zehn bis halb elf samstags nachts nach Hause. Da ist ein Großteil des gesellschaftlichen Lebens, das an den Samstagen stattfindet, gelaufen. Vom Familienleben ganz zu schweigen. Von daher sind die Beschäftigten stinksauer und wütend auf rot-grün. Und sie haben recht. Dass die Großkonzerne gerne „rund um die Uhr“ hätten, ist klar. Kapital ist gefräßig und will gerne alles haben. Insofern ist der Kampf um die Arbeitszeit, um die Länge der Arbeitszeit und ihre Lage, eines der zentralen Probleme, seit es die

Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften gibt. Das ist nämlich *die* Möglichkeit, von der Arbeit wegzubleiben, deshalb heißt es ja auch Freizeit – so verrückt es klingt.

Könntest Du sagen, wie viele Leute das betrifft – Du hattest ja eben die Großkonzerne genannt, das deutet auf eine Unterscheidung hinsichtlich der Auswirkungen des Gesetzes hin...

Im Einzelhandel arbeiten bundesweit ca. 2,5 Millionen Beschäftigte. Davon ca. 80 Prozent Frauen. Jetzt kann man differenzieren: Viele, die im Versandhandel arbeiten, werden von diesen vier Stunden nicht unbedingt bzw. nicht unmittelbar betroffen. Die, die z.B. in Zentral-Lägern arbeiten, sind nicht unmittelbar an diesem Abend betroffen, ggf. verschiebt sich bei ihnen jedoch die Arbeitszeit wegen der Samstags-Auslieferung in den Freitag Abend hinein. Es wird natürlich in vielen Gemeinden, auch in einzelnen Stadtteilen, an Samstagen nicht bis 20 Uhr geöffnet sein. Ich gehe für uns im Rhein-Neckar-Raum davon aus, dass mindestens 50 Prozent der Beschäftigten davon betroffen sein werden.

Verdi, d.h. hier der Bundesvorstand, hat auf seiner Homepage kommentiert: Insgesamt sei man enttäuscht, doch sei es immerhin gelungen, das Recht auf einen freien Samstag pro Beschäftigtem zu retten - dies nur aufgrund des gewerkschaftlichen Drucks. Zugleich schreiben sie, dass rot-grün „zu kurz gesprungen“ sei, da die Gewerkschaft diese freien Samstage bereits und besser in Tarifverträgen vereinbart habe. Dafür hätte man also das Gesetz nicht gebraucht. Dazu eine Nachfrage: Inwiefern können Tarifverträge etwas besser als Gesetze regeln – was ist mit dieser Aussage gemeint?

Das sollte man differenziert betrachten: Ein Gesetz, das eingehalten wird, gilt für alle. Ein Tarifvertrag, der eingehalten wird, gilt nur für die Mitglieder der Tarifvertrag-schließenden Parteien. Für Beschäftigte, die in Firmen arbeiten, die nicht dem Arbeitgeberverband angehören bzw. die nicht dem Tarifvertrag unterliegen, hat der Tarifvertrag keine Bedeutung. Das sind im Einzelhandel nicht wenige. Dazu gehört zum Beispiel Wal-Mart. Ganz viele Firmen im Einzelhandel sind nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes, oder sie sind seit drei, vier Jahren Mitglied, allerdings ohne Tarifbindung. Die Argumentation, dass ein Tarifvertrag dies besser regeln könne als ein Gesetz, leuchtet mir überhaupt nicht ein.

Die Formulierung bezieht sich nicht unbedingt auf das neue Gesetz selbst, sondern scheint sich aus positiven Erfahrungen mit Zeitausgleichsregelungen in der Vergangenheit zu speisen. Gibt es die?

Ich gehe davon aus: Ein Gesetz verallgemeinert, und es gilt. Es ist natürlich ein Fortschritt, wenn Sozialstandards in Gesetzen stehen. Das bedeutet nicht automatisch eine Schwäche der Gewerkschaften. Es gibt Leute, die meinen, ein Tarifvertrag sei deshalb besser, weil eine gesetzliche Regelung immer eine Schwäche der Gewerkschaften ausdrücke. Man kann aber auch sagen, dass Gesetze, die verallgemeinern, die Fortschreibung vieler Tarifverträge sind und damit eine Verallgemeinerung von Tarifverträgen. Mir leuchtet die Argumentation nicht ein, dass ein Tarifvertrag besser sein sollte. Und was die Kompensationsregelung betrifft: Wenn im Gesetz drinstehen würde: „Wer samstags vier Stunden arbeiten muss, bekommt dafür eine Zeitgutschrift von 6 oder 8 Stunden“, dann müsste man dafür schon mal nicht mehr streiken. So etwas wäre arbeitsplatzwirksam, und es hätte ggf. einen Erholungswert. Vor allen Dingen, und das ist ein ganz wichtiges Argument gegen diese Einschätzung: Wir haben die Deregulierung der Arbeitgeberverbände mit der Deregulierung der Tariflandschaft und allem, was dazu gehört – z.B. aufgrund von Ausgliederungsprozessen, die seit über 20 Jahren im

Einzelhandel stattfinden, mit der Folge, dass die Tarifverträge in Bezug auf betriebliche Regelungen inzwischen wie Schweizer Käse aussehen.

Dazu würde ich hinterher noch mal genauer diskutieren wollen, wie angesichts der bekannten Erosion der Tarifverträge Schutzmechanismen entwickelt werden können, die der Tendenz zur totalen Verfügung über die Zeitbedürfnisse der Beschäftigten entgegenwirken könnten. Jetzt würde ich aber gerne noch mal fragen nach der Einschätzung, ob dieser eine freie Samstag Resultat des Drucks der Gewerkschaft war und dies verbinden mit der Frage, wie die Demonstration respective die politische Lobbyarbeit von verdi im Vorfeld wahrgenommen worden ist.

Der freie Samstag hängt natürlich mit der Stärke der Gewerkschaften zusammen, vor allen Dingen mit ihrer Verankerung in Rot-Grün. Er hängt auch damit zusammen, dass es das Angebot von Sozialpolitikern bei Sozialdemokraten und Grünen gab: „Wir garantieren Euch einen freien Samstag, und dafür müsst Ihr arbeiten“. Das hat damit zu tun, dass die Damen und Herren Abgeordneten wussten, dass sie Wahlbetrug begehen, Betrug an den Wählerinnen und Wählern. Denn es gab Wahlversprechen. Die SPD hatte sich in ihrem Parteiprogramm und in ihren Parteitags-Beschlusslagen eindeutig gegen eine Verschlechterung des Ladenschlussgesetzes festgelegt. Auch im Wahlprogramm der Grünen von 2002 steht nichts von einer allgemeinen Veränderung des Ladenschlussgesetzes, dort war nur etwas zur Mittelstandsförderung vorgesehen – unter dieser Rubrik hatten die Grünen das Thema versteckt. Es geht bei dem Recht auf einen freien Samstag also auch um so etwas wie schlechtes Gewissen und den Versuch, die Gewerkschaften dabei einzubinden, indem man sagt: Ihr bekommt ja ein bisschen was. Es hätte ja noch schlimmer kommen können. Die Beschäftigten sehen es jedoch nicht als Erfolg an. Sie sagen: Einen freien Samstag, den haben wir bisher schon gehabt in vielen Großbetrieben - über die Arbeitszeitvereinbarungen. Was soll ein garantierter freier Samstag, wenn ich dafür an den anderen drei bis 20 Uhr arbeiten muss? Man muss jedoch aufpassen, dass man nicht nur rechnerisch mit dieser Zeit umgeht. Die Zeit von 16 bis 20 Uhr hat einen anderen Wert, und zwar für die große Mehrheit der Beschäftigten, als die Zeit samstags morgens.

Hat es denn - neben der Demonstration - im Vorfeld Versuche gegeben, mit Abgeordneten zu verhandeln – gerade wegen des offensichtlichen Wahlbetrugs? Hat ver.di die Auseinandersetzung gesucht, oder hat es angesichts des bekannt schwierigen, weil engen Verhältnisses von Gewerkschaften und Sozialdemokratie Hemmungen gegeben?

Ver.di hat auf Bundesebene mit der Regierung und gewerkschaftsnahen Teilen der Regierungsfractionen geredet und versucht, Einfluss zu nehmen. Aus diesen Gesprächen stammt m.E. dieser freie Samstag. Und es hat auf Landesebene und auch vor Ort Gespräche mit Abgeordneten gegeben. Wir haben hier z.B. mit rot-grünen Abgeordneten geredet – wobei einige ein Gespräch mit uns abgelehnt haben -, dass sie dagegen stimmen sollen, sie an ihre Wahlversprechen erinnert. Wir haben gesagt, sie könnten davon ausgehen, dass dies zur Politik- und Politikerverdrossenheit führt. Die Leute werden nicht unbedingt schwarz-gelb wählen, sondern zu Hause bleiben. Das führt im Prinzip zu einer Entdemokratisierung, wenn Teile der WählerInnen sich nicht mehr aktiv beteiligen, mindestens nicht mehr in Form der Stimmabgabe.

Jetzt noch mal zur Demonstration. Hattest Du den Eindruck, dass die Vorstandsebenen in ver.di die Demo wollten?

Die Demonstration war nicht gewollt von der ver.di-Spitze im Fachbereich Handel.

Woran würdest du das festmachen?

An den Fakten.
(Gelächter)

Natürlich, am liebsten an denen, wenn's nicht anders geht...

Fakt war, dass am 5. Dezember 2002 presseöffentlich wurde, dass rot-grün, Schröder vor allem, das Ladenschlussgesetz in der bisherigen Form verändern will. Dann hat dazu eine Diskussion innerhalb von ver.di, Bereich Handel, stattgefunden, dagegen in Berlin zu demonstrieren. Die Entscheidung darüber fiel jedoch erst mehr als acht Wochen später, am 12. Februar. So lange ging die Auseinandersetzung darüber, ob überhaupt demonstriert werden soll, oder ob nicht etwas anderes versucht werden soll.

Was hätte „etwas anders“ geheißen?

„Marktwirtschaftliche“ Regelungen, ein Tauschgeschäft mit den Regierungsfractionen: Wir halten uns da raus, dafür bekommen wir von Euch ein paar Vergünstigen, z.B. die Allgemeinverbindlichkeitserklärung für die Einzelhandelstarifverträge, damit diese für alle Firmen und Beschäftigten des Einzelhandels gelten – damit die Firmen, die nicht dem Arbeitgeberverband angehören, keine Konkurrenzvorteile daraus ziehen können. Es gab eine lange Auseinandersetzung in ver.di über die Strategie des Umgangs mit dem Thema, und die ist erst Mitte Februar entschieden worden: dafür, aber eben sehr spät. Baden-Württemberg war aktiv dran beteiligt, dass es zu dieser Großdemonstration kam. Es waren, auch das gehört zur Geschichte dieser Demonstration, deutlich weniger als 1996. Damals waren es 50 000, jetzt sollen es ca. 20 000 gewesen sein. Es wurde nach unseren Einschätzungen in vielen Bereichen nicht ernsthaft für die Großdemonstration mobilisiert. Das hängt nicht nur mit der weiten Entfernung Berlins zusammen, obwohl es wirklich eine Riesen-Strapaze war, sonntags dahin zu fahren. Es hängt sicherlich auch damit zusammen, dass die bisherigen Kämpfe um den Ladenschluss in weiten Teilen der Organisationen eher als Niederlagen verstanden worden sind, sowohl bei Alt-HBV als auch bei Alt-DAG, und viele gesagt haben, es bringt ja doch nichts.

Ich glaube *nicht*, dass das Zögern aus einer zu engen Verbindung der Gewerkschaft ver.di zu rot-grün herkommt. Da habe ich jedenfalls nichts von mitbekommen, eher: einerseits Resignation, es bringt ja doch nichts, andererseits die Frage: Sollen wir nicht ein Tauschgeschäft machen? Und da hat sich der Teil durchgesetzt, der gesagt hat: Nein, wir müssen kämpfen, weil es bei dieser Samstagsregelung, diesen vier Stunden, um mehr als vier Stunden geht. Da geht's um gemeinsame Zeiten, um Beteiligung in der Familie, um Beteiligung in der Gesellschaft, um Beteiligung am kulturellen Leben, um die Frage: Was habe ich noch vom freien Wochenende? Um die Frage der „Entschleunigung“: Ist Samstags mittags Schluss mit der Hektik in der Gesellschaft, oder wird das ausgeweitet? Diese Veränderung des Ladenschlussgesetzes wird Auswirkungen haben auf die Banken, auf die Apotheken, usw. Weite Teile des Dienstleistungssektors werden da mit reingezogen, weil auch deren Öffnungs-, Schließungs- und die Arbeitszeiten ganz eng gekoppelt sind an die des Einzelhandels.

Das wäre das Thema „Zeitsouveränität und Flexibilisierung“. Darauf würde ich hinterher noch mal im Zusammenhang mit dem Bundestags-Gutachten Ulrich Mückenbergers zurück kommen, der behauptet, beides ließe sich verbinden. Jetzt aber noch mal die Frage nach Deiner eigenen Einschätzung der Demonstration.

Es war gut, dass sie stattgefunden hat. Sie war ganz wichtig für die Leute, die demonstrieren wollten, die es rot-grün und ihren Arbeitgebern zeigen wollten. Die zeigen wollten: Ihr schafft es nur gegen uns. Also das Rebellenhafte: Wir machen das nicht mit, wir akzeptieren das nicht, wir wehren uns, und zwar unabhängig davon, wie groß unsere Chance ist zu gewinnen. Und es war auch ganz klar notwendig, weil die Leute der Regierung die Grenzen zeigen wollten. Das wird rot-grün ganz lange treffen, gerade auch, weil die Einzelhandels-Beschäftigten politisch nicht so eindeutig fest gelegt sind wie bspw. im Metallbereich. Die Leute in der Regierung wissen überhaupt nicht, wie bedeutsam Einkaufszeiten sind. Da geht's nicht nur um die Beschäftigten im Einzelhandel, d.h. die 2,5 Millionen und deren Angehörige. Da geht's auch um die ganzen Vereine, wo plötzlich die Leute fehlen, die nicht mehr teilnehmen können, die jetzt schon unter der Woche erst um Neun kommen. Der Ladenschluss und die Arbeitszeiten dort haben eine gesellschaftliche Bedeutung, die viel größer ist als ‚nur Arbeitszeit‘. Deswegen war es notwendig, dass gekämpft wird, und eine Gewerkschaft muss ihren Aktionswilligen Aktionen ermöglichen.

Könnte das auch eine Bedeutung haben für die Haltung zu den Abbauprozessen in den anderen Bereichen des Sozialstaats?

Nach allem, was ich mitbekomme, bin ich davon überzeugt, dass die Bereitschaft der Menschen, *ihren* Sozialstaat zu verteidigen, größer ist, als viele sich das vorstellen. Ich bin davon überzeugt: Wenn die Gewerkschaften dazu aufrufen, gegen die Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung, gegen die Teilprivatisierung der Krankenversicherung offensiv gemeinsam aufzutreten, werden wir Zahlenverhältnisse haben wie bei den Demonstrationen letztes Jahr in Italien, als es um die Zerschlagung des Kündigungsschutzes dort ging. Wir müssen uns nur an die Diskussion um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall mit den Karenztagen zu Kohls Zeiten erinnern, wie groß da die Bereitschaft war.

Zur Frage der Motivation für die abermalige Änderung des Ladenschlusses. Bis jetzt stand dabei immer die ökonomische Argumentation „Ausweitung des Konsums, Erhöhung der Umsatzzahlen, stärkeres Wachstum durch längere Öffnungszeiten“ etc. im Vordergrund. Das schien dieses Mal nicht so. Im Mittelpunkt des Regierungsentwurfs stand zwar auch der „Bedarfsdeckungsaspekt“ für die KonsumentInnen, dann aber der „Dienstleistungs- und Erlebnisaspekt“ und das Ziel einer Belebung bzw. Wiederbelebung, wie man korrekter Weise sagen müsste, der Innenstädte. Bevor wir uns diesen auf den ersten Blick scheinbar gar nicht primär von ökonomischen Überlegungen getragenen Zielsetzungen im Einzelnen widmen, würde mich, da de facto eine weitere Ausweitung der Öffnungszeiten stattgefunden hat, interessieren, welche ökonomischen Erfahrungen denn bislang mit der seit langem feststellbaren Ausweitungstendenz gemacht werden konnten. Was hat die feststellbare permanente Ausdehnung der Betriebsnutzungszeiten gebracht in Bezug auf die bislang immer vertretene Argumentation, dass dadurch mehr Umsatz, Wachstum etc. stattfindet?

Neben den drei Aspekten, die Du genannt hast – Bedarfsdeckung, Eventcharakter und Innenstadtbelebung – gibt es drei weitere Gründe, die die beiden Regierungsfractionen auch schriftlich verkündet haben: Erstens Umsatz im Einzelhandel ausweiten, dadurch zweitens Wirtschaftswachstum und drittens Arbeitsplätze schaffen...

... also doch, die Ökonomie.

... ja, das ist mit das Dummste, was sie verkündet haben, weil alle – und auch gerade rot-grüne Bundestagsabgeordnete – nach der Erfahrung mit 1996 wissen, dass all dies nicht erreicht

wird. Es gab damals – unter dem so genannten Wirtschaftsminister Rexroth - das ifo-Gutachten, wo verkündet wurde, es gebe 50 000 Vollzeitarbeitsplätze mehr und 20 Mrd. DM mehr Umsatz, wenn ausgeweitet wird. Wenn man sich die Zahlen anschaut, sprechen die ihre eigene Sprache. Die Arbeitsplätze wurden dennoch – um rund 200 000 in den letzten fünf Jahren – abgebaut. Die Umsätze steigen nicht, weil vollkommen klar ist, dass das Kapital Umsätze nur dann macht, wenn es Geld gibt. Es findet eine Umsatzneuverteilung statt: Die Großen fressen die Kleinen und vor allem die Mittleren, und Arbeitsplätze werden nur so geschaffen, wie Arbeitskräfte gerade gebraucht werden, also: Damit der Profit gesichert werden kann, sonst gar nichts. D.h. Rot-Grün ist den alten Märchen aufgesessen, und sie werden ja auch ausgelacht dafür. Auf vielen Betriebsversammlungen, wo Betriebsräte, wo Gewerkschafter, wo wir darüber berichtet haben, werden die ausgelacht. Wenn die Abgeordneten gehört hätten oder hören würden, wie die Leute, von den Aktiven bis zu einfachen Mitgliedern, über sie denken... Die sagen: Ihr habt doch keine Ahnung, wie's läuft. Wir brauchen mehr Geld, und nicht mehr Zeit zum Einkaufen. Die Ausweitung der Ladenöffnung an den Samstagen bedeutet ja, dass die jetzigen 80 Stunden wöchentliche Öffnungszeit auf 84 erhöht wurden, nämlich von 16 bis 20 Uhr. Und all das, was Rot-Grün sich sonst erhofft mit der Bedarfsdeckung? 80 Stunden reichen! Die Menschen haben noch nie so viel Zeit gehabt, ihren Bedarf zu decken und noch nie so viele Möglichkeiten. Vor 30, 40 Jahren war die Arbeitszeit 44, 48 Stunden, die Ladenöffnungszeit faktisch 55-60. Es gab damals viel weniger Teilzeitarbeit als heute.

Natürlich gibt's den ein oder anderen, der mal was vergessen hat. Dann kriegt er's halt nicht. Es gibt ja auch den ein oder anderen, der kein Geld hat – und der kriegt auch nichts. Es gibt keinen Bedarfsdeckungs-Notstand, d.h. etwas, wo man sagen könnte: Es gibt einen Versorgungsnotstand – wie bei Flut- oder Schneekatastrophen –, so dass die Menschen am Verhungern wären oder sich nicht mehr kleiden könnten. Das ist rot-grüner Quatsch. Genau so die Frage des „Eventcharakters“. Was ist „Event“? Beim Aldi einzukaufen ist zweifellos ein Event. Aber was für eins? Aldi macht übrigens, auch unter der Woche, um 18 Uhr bis 18 Uhr 30 zu, die ganze Zeit schon. Was ist der Event, wenn man beim Lidl in den Kartons wühlt oder in der Schlange steht? Die tun alle so, als ob da jeden Tag ein Tanzbär auftreten, als ob es sich um ein gesellschaftlich-kulturelles Ereignis handeln würde. Was dabei genau nicht zur Sprache kommt und wovon viele auch gar keine Ahnung mehr haben, ist die Beziehung „Beschäftigter-Kunde“, d.h. die menschliche Seite der Beziehungen, die für die Gesellschaft wichtig sind. Warum geht man denn als Stammkunde irgendwo hin? Nicht nur, weil die gute Waren haben, sondern weil man freundlich begrüßt wird, weil man ein Schwätzchen halten kann, weil man Informationen bekommt. Ggf. bekommt man auch mal einen Tipp, dass oder wo eine Wohnung frei wird, oder man wird auf Sonderangebote hingewiesen. Das ist viel mehr ‚Erlebnis‘-Aspekt des EZH als das andere. Auch wenn man mit jüngeren Beschäftigten des EZH redet, die ja oft herangezogen werden, wenn es um einen Beleg für das Interesse an flexiblen Arbeitszeiten geht, dann wollen die nicht für „Events“ verantwortlich sein, sondern sie wollen sich – ggf. – mit Kunden austauschen über ihre Arbeit. Deshalb machen sie es auch – trotz der relativ schlechten Bezahlung im EZH.

Und das andere – Belebung der Innenstädte... na ja. 1989 wurden die Innenstädte „gerettet“ durch die Einführung des langen Donnerstags bis 20 Uhr 30. Ergebnis war, dass er schneller weg war, als es gedauert hat, ihn einzuführen. 1996 wurden unter Kohl, Kinkel etc. die Innenstädte „gerettet“ durch die Ausweitung der Öffnungszeiten auf 20 Uhr von montags bis freitags. Das war alles dummes Zeug, und zwar weil die Innenstädte nicht von der verlängerten Öffnungszeit leben, sondern davon - und das kann sich jeder selbst überlegen, wenn er sich anschaut, wie er seine Einkäufe, seinen Alltag organisiert –, was man wo will: Wann fahre ich wohin? Was kaufe ich im Stadtteil ein, was will ich dort einkaufen können? Was kaufe ich da ein, wo ich mit dem Auto hinfahren kann oder muss? Möbel z.B. oder schwere Getränkekisten, die schleppe ich nicht durch die Fußgängerzone in der Innenstadt,

das weiß doch jeder. Was heißt also „Belebung der Innenstädte“? Wenn man sich damit beschäftigt, muss man sich vorher überlegen, was derzeit an Banalisierung des Einzelhandels in den Innenstädten der Großstädte stattfindet. Diese kleinen Filialen, überall die gleichen, ob Benetton, H&M, man könnte sie jetzt alle aufzählen...

Mit Banalisierung meinst du Monokulturen? Laden-Monokulturen? Das Phänomen der Dumping-Läden mit ihrer scheinbar unendlichen Vielfalt der immer gleichen Wegschmeiß-Artikel...

Ja, Angebots-Monokulturen. Es gibt kaum noch Bedienung, keinen Service, man kann nichts mehr zum Reparieren irgendwohin bringen. Du musst kaufen und verbrauchen, und mit dem Kauf hast Du schon die Vernichtung der Ware beschlossen, denn Reparaturmöglichkeiten sind nicht mehr vorgesehen. Und wenn man die Ware in vielen dieser Läden nicht mehr verkaufen könnte, sondern entsorgen müsste, dann wäre das Sondermüll.

Das könnte man mit Vernichtungskonsum umschreiben, was tendenziell natürlich mit Warenproduktion, d.h. unter kapitalistischen Bedingungen immer schon gesetzt ist. Doch in letzter Zeit hat das Phänomen der Verkürzung der Produktlebenszyklen und damit der Zirkulationszeiten enorm zugenommen, scheint fast zur ökonomischen Strategie geworden...

Ja, es gibt durchaus noch nachhaltige Produkte, aber es gibt viele Waren, die strategisch so kurzzyklisch produziert werden – damit meine ich natürlich nicht Lebensmittel... -, sondern Kleider, Schuhe, solche Sachen...

Könnte man – das war der Hintergrund meiner Bemerkung – diese Tendenz zu Produkten mit hoher Verfallsgeschwindigkeit und geringer Lebensdauer ebenso als Ausdruck einer ökonomischen Krise im Einzelhandel begreifen wie den Versuch, die Betriebsnutzungszeiten auszuweiten, ohne dass damit automatisch mehr Umsatz verbunden ist? Als was würdest Du den Versuch der permanenten Ausdehnung der Betriebsnutzungszeiten, deren Reflex die letzten Änderungen des Ladenschlussgesetzes waren, interpretieren? Wer braucht diese Ausdehnung ökonomisch und warum?

Ich denke, dass man da noch mal in die Konkurrenzwirtschaft rein muss. Längere Ladenöffnungszeiten bedeuten längere Konkurrenzzeiten der Einzelhandelskapitalien. Und die Großkapitalien, konkret die Großketten, haben damit mehr Zeit, um die Kleinen und Mittleren zu vernichten. Es gibt ggf. eine zweite Fraktion, die Interesse an der Ausdehnung in den Abend hinein hat: Spezialgeschäfte mit Spezialkunden. Nischen. Entscheidend sind **aber** Konzerne wie Metro mit seinen Kaufhöfen, seinen Reals, oder Wal-Mart mit all seinen Läden – die haben das Interesse an längeren Öffnungs- und Umsatzzeiten, weil sie wissen, dass sie in dieser Konkurrenz unschlagbar sind.

Das heißt: Nicht die kurzfristige Steigerung der Umsatzzahlen ist für sie maßgeblich,

... ihrer Umsatzzahlen

sondern Vernichtung ihrer Konkurrenten...

... indem sie anderen Umsätze wegnehmen bzw. Konkurrenten übernehmen! Dort finden ja auch in der Regel die „Events“ statt, in den Einkaufszentren – weniger in den Innenstädten, zu den normalen Einkaufszeiten, abgesehen von den paar Versuchen eines verkaufsoffenen Sonntags oder eines ganz langen Samstags.

Die Ausweitung der Öffnungszeiten wäre also das Mittel, um zu einer marktbeherrschenden, tendenziell monopolistischen Position zu kommen...

Das ist zu beobachten. Man sieht genau, welche Kapitalien die längeren Ladenöffnungszeiten wollen. Es sind die Großen, und es sind die mit wenig Personal. Weil ein SB-Warenhaus mit 7-9 Prozent Personalkosten am Nettoumsatz im Verhältnis zum Facheinzelhandel, der mit 14-16 Prozent annähernd doppelt so hohe Personalkosten hat, alle Vorteile auf seiner Seite hat, vor allem, wenn die Waren dann auch noch konkurrenzfähig sind.

Wenn man sich diese Konzentrationsprozesse ansieht und sich in Erinnerung ruft, mit was ver.di bei der Demonstration angetreten war, nämlich „Wochen ohne Ende? Schluss jetzt!“, wirft das die Frage auf, wie man umgeht mit dieser Tendenz. Es gibt in dem Sinne keine, gewissermaßen ‚natürliche‘ Begrenzung dieses Strebens mehr. Insofern war diese Ladenschlussänderung sicher auch nicht die Letzte, und als nächstes wäre vielleicht der Sonntag dran. Gibt es in ver.di eine Debatte darum, wie man sich diesem Problem stellen will?

Ich denke, dass vom einfachen Mitglied bis zum Bundesvorstandsmitglied allen klar ist, dass mit dieser Änderung kein Schlussstrich gezogen wurde, sondern dass es weiter geht. Die Konzerne und bestimmte Parteien mit ihrem Gefolge werden weiterhin sagen: „Rund um die Uhr“. Wenn Leute bei rot-grün oder andere glauben, dass damit jetzt Frieden hergestellt wäre, dann ist das eine Illusion. Der Einzelhandel lebt vom Umsatz, und wenn der konkrete Einzelhandel feststellt, dass es zur Umsatz-Stagnation kommt, dann müssen die schauen, wie sie ihren Kuchenanteil vergrößern. Das weiß ver.di, das weiß jeder. Deswegen ist vollkommen klar: Ein Deal, der darauf beruht, dass mit Samstag 20 Uhr ein Ende erreicht wäre, ist nicht zu machen. Der Sonntag bleibt natürlich für das Kapital im Blickpunkt. Die sagen, da wird am wenigsten gearbeitet, da kann man die Leute am ehesten gewinnen, z.B. die ganze Familie mit Events – was auch immer das sein soll. In die Kirchen gehen sie nicht mehr, vielleicht gehen sie in die Konsumtempel. Auch deswegen geht es bei den Öffnungszeiten eigentlich um eine gesellschaftliche Auseinandersetzung. Es geht um gemeinsame Zeiten unter der Woche, aber es geht auch um das freie Wochenende, um eine „Entschleunigung“ der Gesellschaft, wie die Gottlosen sagen würden, oder wie die eher Religiösen sagen: Man braucht den Sonntag zur Erbauung, zum Finden, für seine religiösen Bedürfnisse. Darum wird die Auseinandersetzung stattfinden. Da hängt es ganz stark auch davon ab, inwieweit die Kirchen noch Einfluss haben. Ob sie nur gut gelitten sind, wenn sie gerade Regierungsposition in Sachen Krieg & Frieden vertreten, oder ob sie auch beachtet werden, wenn es um solche Sachen geht.

Wie es scheint, stellen die Kirchen zumindest bei CDU/CSU die einzige Bank gegen die vollkommene Liberalisierung dar...

... ja, auf Bundesebene. Nicht vor Ort. Vor Ort funktioniert die CDU/CSU nach unseren Erfahrungen bei Sonntagsverkäufen im Interesse des Kapitals. Und es gibt auch nur ganz wenige Pfarrer, die gegen die Sonntagsöffnung sprechen. Die sagen zwar: nicht Sonntags morgens, damit die Leute in die Kirche gehen können, aber ab mittags... Ladenöffnungen an Kirchweih-Sonntagen haben zugenommen in einem Ausmaß, das Wahnsinn ist.

... kleiner Beitrag zur Entmythologisierung der Kirchenpolitik.

Ja, aber daran wird deutlich: Hier kulminiert die gesellschaftliche Bedeutung des Ladenschlusses, die mehr ist als Verkaufszeit, weil es so viele Aspekte betrifft. Ich bin mal gespannt, wann es die anderen merken, die Sozialdemokraten z.B., dass ihre Leute, die im Einzelhandel schaffen, gar nicht mehr zu Veranstaltungen kommen können. Und das sind viele! Wir haben sie mal getestet, indem wir mit 20, 30 Leuten zu Veranstaltungen mit Abgeordneten gekommen sind, und zwar um kurz vor neun, nach der Arbeit. Da saßen dann 10 oder 15 SPDler, bei der CDU genauso, und dann kamen wir mit einer großen Gruppe, und die haben erstaunt gefragt: Wo kommt Ihr denn her? Da haben die Beschäftigten gesagt: Aus dem Einzelhandel, vom Arbeiten, aber Ihr nehmt ja keine Rücksicht auf uns. Das Schlimmere ist, dass das ein Beitrag zur Entdemokratisierung ist, weil eine Gesellschaft, eine Demokratie im Sinne von Herrschaft des Volkes für sich selber und durch sich selber Zeit braucht, gemeinsame Zeiten.

Das Argument könnte man natürlich auch noch mal gegen die Kapitalinteressen selbst wenden. Ulrich Mückenberger, der im Bundestag bei einer Anhörung zum Ladenschluss als Sachverständiger aufgetreten war, macht das zum Teil. Er sagt zunächst, wir haben dieses Demokratie- und Zeit-Problem, dem müssen wir uns vor allen anderen Problemen stellen. Die ganze Auseinandersetzung um Deregulierung versus Festhalten an staatlichen, sprich bundeseinheitlichen, gesetzlichen Regelungen sei in gewisser Weise ideologisch, weil das, um was es im Kern gehe, das Verhältnis von Zeitwohlstand und Zeitstress sei. Das müsse „zivilgesellschaftlich“ anders verteilt werden, damit gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen vorgebeugt werde. Und da ist ein ganz wesentliches, strategisches Argument, mit dem er seine zivilgesellschaftliche Argumentation stützen will, zu sagen: Wenn es überhaupt keine gemeinsamen Zeiten mehr gibt, dann fallen die Leute auch – jetzt in meinen Worten – im Kapitalinteresse aus, werden „am Konsum gehindert“. Würde man die von Dir erwähnte Kapital-Argumentation zur Sonntags-Öffnung zu Grunde legen - also: das ist der Tag, der die meisten Umsatzzuwächse verspricht, weil er eben bislang arbeitsfrei ist – und dieses Modell verallgemeinern, indem man die Betriebsöffnungszeiten in Richtung „rund um die Uhr ausdehnt“, dann wird das eben genauso ein Tag, wo viele auch als KonsumentInnen ausfallen. Das ist zwar nicht meine Perspektive: auszurechnen, was es an Umsatzeinbußen kostet, wenn man die Ladenöffnungszeiten verlängert. Das können und werden die Ökonomen unter sich diskutieren. Aber: Seine These, dass es sich bei dem Streit um Regulierung/Deregulierung zwischen Gewerkschaften und Kapital um eine ideologische, hier wohl im Sinne von überflüssig gemeint, Auseinandersetzung handele und dass eine andere Verteilung von Zeitwohlstand und Zeitstress möglich sei, fußt darauf, dass es eine Entkopplung von Betriebsnutzungs- und Arbeitszeiten jetzt bereits gebe. Das ist in der Tat nichts Neues und hat sich nicht erst mit dem verlängerten Samstag ergeben. Seine These ist jedoch: Gerade diese Entkopplung, also die im Verhältnis zur Arbeitszeit verlängerten Öffnungszeiten, macht es technisch möglich, dass die Beschäftigten wieder ‚mehr Zeit gewinnen‘. Dazu würde ich gerne noch mal nach den bisherigen Erfahrungen mit dieser ‚technischen Möglichkeit‘ der Regelung von so etwas wie Zeitsouveränität oder –wohlstand fragen.

Also in einer Marktwirtschaft entscheidet am ehesten derjenige, der am stärksten ist. Das ist in der Regel das Kapital mit seinen Führungskräften, weniger der Einzelne mit seinem Arbeitsvertrag. Das weiß Ulrich Mückenberger, und er schreibt es auch selbst. Bei der Frage, ob dies die Betriebsräte regeln sollen, muss man wissen, in wie vielen Betrieben es überhaupt keine Betriebsräte gibt. Damit fällt auch dieses Element kollektiverer Mitbestimmung weg. Wenn man das derzeitige Betriebsverfassungsgesetz nimmt – da gibt es keine echte Mitbestimmung, weil dort in der Regel eine Einigungsstelle, ein Arbeitsrichter am Ende entscheidet, wie wann wo wie lange gearbeitet wird. Dann leben wir immer noch im

Konkurrenzkapitalismus. D.h. der Metrokonzern entscheidet zentral, wann sie öffnen wollen. Die interessiert überhaupt kein Runder Tisch, weder in Mannheim, noch in Stuttgart, Hamburg oder sonst irgendwo.

Darauf würde ich gerne im Zusammenhang mit Mückenbergers Vorschlag zur Realisierung dieser Zeitverwaltungs-Round Tables zurückkommen. Noch einmal zurück zu der Frage, ob sein Ansatz nicht etwas technisch gedacht ist: Wir haben, maximale Tagesöffnungszeit zu Grunde gelegt, 24 Stunden – da wird schon für jeden etwas dabei sein an Arbeitszeit, die er sich aussuchen kann, und in der restlichen freien Zeit kann er dann machen, was er will, z.B. die Innenstadt beleben.

Es gibt, auch bei uns, die Erfahrung, dass stark organisierte Belegschaften mit starken Betriebsräten eine echte Mitbestimmung entsprechend der Interessen der Beschäftigten bei der Lage der Arbeitszeit hinkriegen. Aber das sind Einzelbeispiele. Die generelle Linie ist, dass das Kapital den Rahmen vorgibt und dass dann die Not verwaltet wird. Weil das bestimmende Herrschaftsverhältnis immer noch das von Kapital zu Beschäftigten ist. Und im Einzelhandel ist nicht so sehr eine neue Idee wichtig, sondern die Konkurrenz. Wenn der Laden neben dran aufmacht, dann ist bei Strafe des Untergangs erforderlich, dass der andere, auch der gut organisierte Laden, mitzieht. Da habe ich schon Betriebsräte heulen sehen. Die Strukturelemente dieser Gesellschaft, Konkurrenz, Kapitalherrschaft, die Tendenz zur reellen Subsumtion von allem, sind wesentlich bestimmender, als das, was Ulrich Mückenberger in seinen Überlegungen als Hoffnung zugrunde legt - oder als Option formuliert. Damit rede ich nicht gegen notwendige Runde Tische, wo man Zeiten aufeinander abstimmt. Natürlich muss der öffentliche Nahverkehr funktionieren, wenn die Läden bis 20 Uhr aufhaben, etc. Da haben wir auch eigene Erfahrungen. Aber das ist in der Tat ein technisches Problem: Wie kriege ich unter gegebenen Bedingungen eine entsprechende Versorgung hin? Für mich bleibt jedoch immer noch die eine Frage: Warum reicht denn nicht die technische Ausgestaltung von Samstags-Öffnungszeiten bis 15 oder 16 Uhr? Warum sagen wir nicht: Die Menschen sollen selbstbestimmt in ihren Vierteln, Straßen, Familien, Freundschaften, Vereinen, Gruppen etc. das freie Wochenende selbst gestalten? So wie Ulrich Mückenberger das will. Warum sollen wir sagen: Das soll im Kapitalismus stattfinden?

Insoweit basiert sein Modell natürlich auf bestimmten Prämissen. Er nimmt als gegeben an: Es ist unausweichlich, die Betriebsnutzungszeiten auszuweiten, und jetzt schauen wir mal, wie wir das verwalten. Bevor wir auf die Alternativmodelle, die er in Anlehnung an italienische Beispiele vorschlägt, eingehen, noch ein zweites Argument von ihm: Die Entkopplung bietet auch die Möglichkeit zu Mehreinstellungen. Es muss eine größere Strecke abgedeckt werden, und ggf. reicht das vorhandene Personal dafür nicht aus. Dieses Arbeitsplatzargument war wenigstens implizit in den Entwürfen der drei Parteien auch immer enthalten, neben der erhofften Steigerung der Umsatzzahlen.

Das sind reine Logeleien, die mit der Realität nichts zu tun haben. Die Unternehmen funktionieren anders. Dort wird festgelegt: Um die Rendite x zu sichern, dürfen die Personalkosten einen Prozentsatz x vom Umsatz nicht überschreiten. Wenn der individuelle Umsatz des Unternehmens steigt, kann mehr Personal eingestellt werden, wenn nicht, dann wird zentral entschieden, wie bei Kaufhof z.B.: Statt 12,5 Prozent Personalkosten wollen wir nur noch 11 Prozent, dann wird eben Personal abgebaut. Und die Personaldecke wird gezogen. Wie im kalten Winter im Bett: Es fehlt immer irgendwo ein Stück. Die Kehrseite dieser Logeleien ist derzeit sichtbar. Jeder, der einkaufen geht, vermisst Bedienungspersonal, Beratungsservice, schimpft über die Schlangen an der Kasse. Es fehlt Fachpersonal, weil Fachpersonal bei diesen Arbeitszeiten auch wegläuft. Auch das sollten die alle mal

berücksichtigen. Wer gehen kann und nicht unbedingt im Einzelhandel arbeiten will, vom müssen ganz zu schweigen, der geht.

Das heißt, die berühmte Dienstleistungsoffensive am Standort Deutschland, die man meint, damit vorantreiben zu müssen, geht eher nach hinten los?

Die muss bezahlt werden. Wenn es sich z.B. herausstellen sollte, dass die Läden samstags mittags, um im Beispiel zu bleiben, nach 16 Uhr einen Apothekenzuschlag – doppelt so viel -, oder den Tankstellenzuschlag – drei mal so viel – verlangen würden, damit das Personal bezahlt werden kann, dann kann man den Aufschrei der Vertreter der Dienstleistungs- und Konsumoffensive schon hören. Das Argument geht andersrum: In der Konkurrenz - ich bringe das immer wieder, weil das das zentrale Prinzip ist im Einzelhandel – geht es um andere Größen. Es bleibt dabei: Gegen die Umsatzzeiten des Kapitals stehen die Freizeiten der Beschäftigten. Das ist und bleibt ein Riesenproblem.

Das erinnert mich daran, dass in den entsprechenden Stammtischdebatten, die solchen politischen Prozessen auch zugrunde liegen, neben dem Verweis auf die Konsum-Interessen und ökonomischen Argumenten ein weiteres Argument zentral benutzt wird, nämlich das der Eigeninteressen der Beschäftigten an flexiblen Arbeitszeiten: Untypische Erwerbsarbeitsverhältnisse, komplizierter werdende Familien- und Beziehungsformen, sich verändernde Lebensentwürfe, all diese Phänomene, die auch ein Bedürfnis nach flexiblerer Gestaltung der Arbeitszeit, z.B. an der Lage der Arbeitszeiten, mit sich bringen. Wie beurteilst Du das?

Natürlich gibt es einzelne Leute, die sagen, ich kann Samstags mittags am besten arbeiten. Aber das werden bundesweit noch keine 50 000 sein. Es gibt tatsächlich kaum eine Branche, in der der Flexibilisierungsrahmen für die persönlichen Arbeitszeiten größer ist: von sechs bis 20 Uhr. Das ist der Rahmen. Faktisch kriegst Du im Einzelhandel aber vormittags gar keinen Job mehr angeboten. Die Teilzeit-Arbeiten vormittags, wo die Frau arbeiten geht, weil das Kind im Kindergarten unterkommt, sind extrem selten. Denn da kommen zu wenig Kunden. Da braucht man gar keine Leute. Die Arbeitszeiten werden an den Umsatzzeiten orientiert. Wenn die Leute zum Einkaufen kommen, also nachmittags ab 16 Uhr 30, dann werden da Arbeitskräfte eingesetzt. Wenn Freitag der Umsatztag wäre, dann hätte das Kapital ein Interesse daran, da die Leute einzusetzen. D.h. der Flexibilisierungsrahmen ist ideell sehr groß – 80, jetzt 84 Stunden – materiell, von den Herrschaftsverhältnissen her, aber total eng: Das folgt nämlich den Hauptumsatzzeiten. Das kannst Du überall beobachten. Du hast Arbeitszeitpläne im Textileinzelhandel, wo Montag bis Mittwoch kaum Leute beschäftigt sind, weil da kaum Klamotten eingekauft werden. Geh doch mal vormittags in ein Kaufhaus, ob Textil oder Waren: Da sind kaum Leute da. Das heißt, es gibt auch hier mehr Logeleien und ideologische Verbrämungen als den Umgang mit der Realität.

Wenn es so ist, dass es letztlich immer einen Konflikt gibt darum, dass es funktional gesetzte Orientierungsdaten gibt und hier wiederum nicht davon auszugehen ist, dass die Leute alle zu diesen Zeiten können, oder andersherum gewünschte Arbeitszeiten knapp sind, weil sie nicht im Haupt-Interesse des Kapitals liegen, dann läuft das insgesamt auf die Frage hinaus, wie überhaupt ein Schutz vor der völlig flexibilisierten und damit im Prinzip totalen Verfügung über die eigene Arbeits- und damit auch Lebenszeit gewährleistet werden kann.

Mückenberger sagt selbst, ähnlich wie Du vorhin, dass schon die Aushandlung über die bloße Lage der Arbeitszeiten extrem schwierig sei, wobei er auf eine 1999 erschienene Studie von Jacobsen/Hilf verweist, nach der nur 5,8 Prozent aller Einzelhandels-Beschäftigten einen BR hätten und nur 15-30 Prozent, die unter Tarifvertrag arbeiten. Wenn das so ist, dann setzt

das enge Grenzen für den Versuch, dem Verfügungsanspruch des Kapitals etwas entgegenzusetzen. Sein Vorschlag: ein gesetzlicher Anreiz für die Aufnahme von Verhandlungen. Er nennt das ein Tarifvertragsdispositiv oder Betriebsvereinbarungsdispositiv. Wenn ich richtig verstanden habe, will er damit ein Modell verankern, mit dem es einen Zwang zu Verhandlungen über die Arbeitszeitfrage geben soll, in deren Rahmen dann die möglichst wenigen substanziellen Vorgaben des Gesetzgebers „lokal angepasst“ werden könnten, eine Art kommunale Öffnungsklausel also. Falls es nicht zu Verhandlungen käme, sollten gesetzliche Sanktionen greifen. Interessanterweise sagt er nicht, um welche Sanktionen es sich hierbei handeln könnte.

Er sagt auch nicht, welche gesetzliche Regelung...

... das fällt außerhalb des Gutachtens.

... weil die konkrete Ausgestaltung etwas mit Macht in der Gesellschaft zu hat. Abstrakt kann ich alles bzw. vieles sagen.

Gibt es für solche Ideen denn bereits Ansätze im bestehenden gesetzlichen Rahmen, auf Tarifvertrags- oder Betriebsvereinbarungsebene?

Wenn man in diese Richtung denkt, dann könnte so etwas nur auf gesetzlicher Ebene verankert werden - angesichts der relativ geringen Anzahl von Betriebsräten und ihrer strukturellen Schwäche aufgrund der Gesetzeslage, und Vergleichbares gilt wie gesagt auch für die tarifliche Ebene, wo wir die Deregulierung der Tarifverträge und deren geringe Verbindlichkeit durch die Deregulierung der Arbeitgeberverbände haben. Da stellt sich natürlich die Frage der Sanktionen: Wer wird initiativ? Wer muss sich daran halten? Und vor allen Dingen: in welchem Rahmen? Es müsste zunächst der Wirtschaftsraum und der entsprechende gesellschaftliche Raum definiert werden, für den jeweils verhandelt wird. Wenn eine solche Regelung nur für eine Stadt gelten würde, dann ergäbe sich sofort das Problem, was neben dran passiert. Wird dann dort wieder neu angesiedelt? Wir hätten hier nämlich ein ähnliches Phänomen wie bei der Gewerbesteuer, wo wir die Standortkonkurrenz der Kommunen berücksichtigen müssen. Es müsste also definiert werden, um welche Räume es sich handelt und dann, was in diesen geregelt werden soll: Die Kindergärten? Die öffentlichen Nahverkehrsmittel? Und das jeweils mit allen gesellschaftlichen Kosten? Ulrich Mückenbergers Argumentation kann man ja auch nach vorne treiben. Man könnte sagen, ein solches Modell ist noch viel arbeitsplatzwirksamer, als er beschreibt, denn die Kindergärten müssten auch Samstags oder unter der Woche bis 20 Uhr, von morgens um sechs an geöffnet sein. Sie sind es nicht, weil die Kommunen jetzt schon pleite sind. Und ob die KindergärtnerInnen alle ein Interesse daran haben, samstags bis 20 Uhr zu arbeiten? Jedenfalls werden wir mit diesem Modell bei der „Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft“ landen. Die Beschäftigten des Einzelhandels, ihre Betriebsräte und ver.di werden darum kämpfen müssen, dass unsere Leute, wenn sie schon rund um die Uhr arbeiten müssen, auch zumutbare öffentliche Verkehrsmittel bekommen, die sie zur Arbeit und nach Hause bringen. Damit sie nicht nach Dienstschluss noch zwei, drei Stunden brauchen, bis sie zu Hause sind, wegen der schlechteren Taktzeiten am Abend und in der Nacht. Ein solches Konsensmodell muss also sehr viel berücksichtigen. Ich halte das intellektuell für sehr reizvoll. Wir haben das 1996 in Mannheim mit vier Runden Tischen probiert, all die verschiedenen Notwendigkeiten aufeinander abzustimmen. Wir haben dabei aber eine ganz wichtige Erfahrung gemacht: Es war kein einziger Vertreter der Einzelhandels-Unternehmen dabei – weder des Verbandes, noch der einzelnen. Die hat nicht interessiert, ob die Frauenbeauftragte dabei war, sie hat nicht interessiert, ob die Bürgermeister-Vertretungen von Mannheim, Viernheim und

Heidelberg dabei waren, ob die Polizei mit am Tisch saß... Die haben gesagt: Die Öffnungs- und das heißt Umsatzzeiten, das entscheiden wir, nach Konkurrenzsituation, nach Interessen etc., und zwar zentral.

Das spielt jetzt auf Mückenbergers Alternativ-Vorschläge zur Regulierungs-/Deregulierungskontroverse um die Ladenöffnungszeiten in seinem Bundestags-Gutachten an: Den Versuch, die Wiederbelebung der Innenstädte zum zentralen Gegenstand der Debatte zu machen und damit indirekte Wege zu mehr Konsum, mehr Wachstum, etc. aufzuweisen, indem alle im Sinne des vorhin skizzierten Gedankens der gerechteren Verteilung von Zeitwohlstand und Zeitstress ihre „Interessen“ einbringen könnten: arbeiten, kaufen, verkaufen..., darauf beschränkt es sich ja. Den Hintergrund seines Vorschlags, eine gesetzliche „Experimentierklausel“ einzuführen, auf deren Grundlage dann kommunale Runde Tische eingerichtet werden, bilden italienische Erfahrungen: Zeitpakete in lokalen Zeitämtern, Zeit-Leitpläne etc. Er beschreibt, dass es 1991 zu Änderungen des italienischen Kommunalverfassungsgesetzes kam, in denen vorgeschrieben wurde, dass in den Kommunen Runde Tische gebildet werden - mit Erscheinungszwang. Bezogen auf die Bundesrepublik schlägt er nun „lokale Zeitpakete“ vor, die von tripartistisch besetzten Runden Tischen verabschiedet werden sollen. Dabei sollten jeweils zu gleichen Teilen Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände sowie KonsumentInnen und andere lokale Interessengruppen vertreten sein. Sein Modell basiert also genau darauf, dass es ein gesetzliches Sanktionsinstrument zur Aufnahme von Verhandlungen auf kommunaler Ebene gibt. Darüber hinaus stellt sich aber die Frage: Kann so etwas funktionieren auf kommunaler Ebene? Du hattest die Konkurrenz der Städte um die Ansiedlung der so genannten „grüne Wiese-Projekte“ bereits angesprochen. Darin kommt vor allem deren Hoffnung auf eine mittelfristige Verbesserung ihrer steuerlichen Einnahmesituation zum Ausdruck, so dass die Ansiedlung solcher Unternehmen in der Regel begleitet ist von entsprechenden Dumping-Angeboten bei den Grundstücken, Subventionen und Infrastrukturmaßnahmen für die Ansiedlung, Ausnahmeregelungen bei den Öffnungszeiten, Sonderverkaufsaktionen etc., zunächst also die Kommunen erst mal viel Geld kostet. Wie beurteilst Du vor diesem Hintergrund seinen Vorschlag, der ja auf eben diese kommunalen Räume zielt, die bereits jetzt in Konkurrenz gesetzt sind? Müsste nicht der gesetzliche Rahmen mehr als einen formalen Verhandlungszwang, das heißt letztlich doch substantielle Normen vorgeben, die diese kommunale Konkurrenz begrenzen?

Wir verfolgen seit etwa zehn Jahren interessiert die Studienergebnisse und Veröffentlichungen von Ulrich Mückenberger und waren in den 90er Jahren auch ein wenig an den Diskussionen beteiligt. Es bleiben jedoch sehr viele offene Fragen. Stichwort „Verödung der Innenstädte“. Was ist die Innenstadt? Ist Innenstadt da, wo die großen Kaufhäuser sind? Oder ist die Innenstadt das Zentrum des Stadtteils, in dem ich lebe, mit Familie oder Freunden und Bekannten? Was soll an den Innenstädten lebenswert sein? Die Kinos in den Innenstädten z.B. nehmen zusehends ab, auch die entstehen ‚draußen‘. Die Kneipen? Auch die sterben in den Innenstädten – weil dort kaum noch Menschen leben. Und umgekehrt: Diejenigen, die noch dort leben, haben nicht unbedingt ein Interesse daran, dass die ‚von außen‘ alle kommen und ‚die Innenstadt beleben‘. Denn hier stellt sich wieder das Problem, dass diejenigen, die von außen kommen und ins Theater, ins Kino oder in die Kneipe wollen, natürlich direkt davor parken wollen, um nachts wieder zurück zu kommen – solange es keine zumutbaren öffentlichen Nahverkehrsverbindungen gibt. Daran haben wiederum die Bewohner der Innenstädte nicht unbedingt ein Interesse. Das heißt: All diese Interessen, die hier aufeinander prallen, gilt es dann zu diskutieren. Dann haben wir stadtauf, ortab eine heftige Debatte um das Problem fußläufig erreichbarer Einkaufsmöglichkeiten. Wo können wir Alten einkaufen? Wo können die Behinderten

einkaufen? Wo können Frauen – oder Männer - mit ihren kleinen Kindern einkaufen? Wo können die einkaufen, die keine PKW oder öffentliche Nahverkehrsmittel haben? Wir haben es hier viel mehr mit dem Problem der Verödung der Stadtteile, der Wohnsiedlungen, nicht so sehr der Innenstädte zu tun. In den Innenstädten gibt es wesentlich mehr Einkaufsmöglichkeiten als in den Schlafstädten oder den Umlandgemeinden. Die Diskussion ist, um es mal ein bisschen polemisch zu formulieren, die Diskussion, die Ende der 70er, Anfang der 80er in Italien begonnen wurde, allerdings ohne den strukturellen Wandel der Innenstädte, der seitdem in Deutschland stattgefunden hat, zu berücksichtigen. Und dann, nehmen wir mal das Beispiel Mannheim, haben wir beispielsweise folgende Situation. Mannheim ist Teil von Baden Württemberg. Über den Rhein drüben ist Ludwigshafen, Teil von Rheinland-Pfalz. Beide haben keine gemeinsame Kommunalverfassung, keine Gewerbesteuer-Grundlage etc. Auf der anderen Seite ist Viernheim, Hessen, mit einem großen Einkaufszentrum, das nicht zufällig da draußen liegt. Was also soll auf dieses Beispiel bezogen Innenstadt heißen? Drei selbstständige Städte in drei selbstständigen Bundesländern. Auch hier kann die Wiederbelebung der Innenstädte nicht funktionieren, so lange draußen ‚auf der grünen Wiese‘, solche Einkaufs-Zentren entstehen, in denen es alles unter einem Dach gibt, Kinos und Kneipen dazu kommen. Denn damit entsteht eine Konkurrenz zwischen Innenstadt und diesen Gebieten. Da belebt man über den Einzelhandel der Innenstädte nichts, gar nichts. Die Leute strömen, sobald die Läden schließen, nach Hause – und zwar vor allen Dingen die Beschäftigten. Schon jetzt gibt es kaum noch Umsätze zwischen 19 und 20 Uhr unter der Woche.

Ein Indiz ist zumindest, dass es offenbar noch nicht einmal den Einzelhandelsverbänden gelingt, sich in den Umsatzmeilen auf gemeinsame Öffnungszeiten zu einigen, obwohl es immer hieß, dass davon alle Vorteile hätten, denn: Einigt man sich auf solche gemeinsamen Öffnungszeiten nicht, dann wissen die Leute nicht, ob es sich lohnt, überhaupt in die Stadt zu fahren, sie haben zumindest keine Garantie. Hier haben die Einkaufszentren eindeutige Vorteile.

Ja, da hast Du alles: die Bank, die Reinigung, eine Apotheke, den Einzelhandel mit seinen ganzen Geschäften, kostenlose Parkmöglichkeiten – auch das ist immer noch ein Argument. Wir haben vor fünf Jahren in der Innenstadt Heidelbergs für die vier entscheidenden Einkaufsstrassen rund um die Hauptstraße die Einkaufsmöglichkeiten durchgezählt und sind dabei auf über 200 verschiedene betriebliche Öffnungszeiten gekommen – z.B. von 6 bis 18, von 9 bis 20, von 10 Uhr 30 bis 20. Du brauchst inzwischen also einen Einkaufszeitenplan für die Geschäfte, der die Fahrpläne im Öffentlichen Nahverkehr ergänzt – und dann noch die Öffnungszeiten der Parkhäuser dazu.

Das muss man einfach wissen, wenn man den Rahmen für die Ladenöffnungszeiten vergrößert: Das heißt nämlich nicht, dass alle dann auch aufmachen. Denn die Unternehmen orientieren sich zunächst an ihren individuellen Kosten und Umsätzen. Deshalb jammern auch und gerade die Kleinen, die Familienbetriebe – die im Übrigen vielfach gegen das neue Gesetz waren. Die können mit ihren 2-3 Beschäftigten die Läden gar nicht offen halten, auch wenn die Konkurrenz nebenan es macht, weil sie wissen, dass sie nicht mehr Umsatz machen, aber ihre Personalkosten steigen würden. In dem Widerspruch stecken sie.

Das klingt so, als wolltest Du sagen: Der Versuch, das Thema Wiederbelebung der Städte und damit verbunden „gemeinsame Zeit“ über die Ladenschlussdebatte aufzuzäumen, sei der verkehrte Weg, das wäre das Pferd von hinten aufgezäumt. Wenn es einem eigentlich um die Notwendigkeit gemeinsamer freier Zeit, d.h. um das notwendige Substrat der Demokratie, wie Du es vorhin angedeutet hast, geht, und Mückenbergers Anliegen ist es ja, „zivilgesellschaftliche“ Ansätze zur Lösung der festgefahrenen Ladenschlussdebatte stark zu

machen und zugleich zu sagen: Das hilft uns auch bei der Wiederbelebung der Städte, das hilft uns bei der allseitigen Vereinbarkeit von Interessen - wobei er dabei erstaunlich wenig über den Zusammenhang von Ökonomie und Macht redet – warum dann über den Umweg der Flexibilisierung von Ladenschlusszeiten? Oder noch schärfer: Taugt der Gaul, auf den er setzt, um seine eigenen Anliegen überhaupt zu tragen? Höre ich das richtig heraus bei Dir?

Ja, und zwar nicht deswegen, weil ich gegen eine Wiederbelebung der Innenstädte wäre, sondern weil die Erfahrungen dagegen sprechen. Die Belebung findet statt, wenn es Interessen von Menschen gibt, sich zu treffen – in einem bestimmten Raum, zu einer bestimmten Zeit. Und warum sollten das notwendig die Innenstädte sein? Die sind doch alle gleich. Wenn Du heute in einer der so genannten „Innenstädte“ aufwachst, z.B. in Heidelberg, und morgen in Mannheim und übermorgen in Frankfurt, dann weißt Du nicht mehr genau, wo Du bist, weil die Läden alle gleich sind. Das heißt: Wenn es über Konsum läuft, und das ist ja das Argument, dann gibt es Konsum nicht nur im Einzelhandel, sondern in viel mehr Bereichen. Und dann muss der Konsumtempel des Einzelhandels mit anderen Konsumtempeln in dieser Gesellschaft konkurrieren. Das heißt, diese verschiedenen gesellschaftlichen Konsumwelten müssten, mit enormen gesellschaftlichen Kosten, gegeneinander konkurrieren um den selben Geldbeutel der selben Menschen. Man kann es ein bisschen differenzieren. Die einen haben mehr, die anderen weniger, die einen haben den Geschmack, die anderen einen anderen etc. Aber: Es geht um Konsum. Und da verstehe ich u.a. auch Ulrich Mückenberger nicht, dass er diesen Aspekt des Konsumerismus nicht beachtet, gerade nach all dem, was er sonst schon geschrieben hat in seinem Leben. Warum über Konsum? Warum reden wir nicht über freie Zeit?

Das beruht darauf, dass man davon ausgeht, das Konsuminteresse sei zugleich auch ein zivilgesellschaftliches Interesse. Das entspringe der Vielfalt der Interessen, die Menschen in ihrem Alltag hätten, und dieser Alltag, da wird so getan, als ob es gleich wichtige und gleich bedeutende Interessen gäbe. Da ist mir nicht ganz einleuchtend, warum man nicht direkt über die Frage der, altmodisch gesprochen, demokratischen Willensbildung redet. Es ist eine Frage, wenn man sich über die Verschiedenheit von Konsuminteressen und deren mögliche Realisierungschancen unterhält. Und es ist eine andere, sich über die Realisierung von Demokratie und „selbstbestimmter Gestaltung des eigenen Lebensraumes“ zu unterhalten.

Ja, wir sind uns aber an der Stelle einig. Das hängt damit zusammen, dass die Konsumtempel für die verschiedenen Konsuminteressen eben nicht mehr nur in der Innenstadt liegen. Lass uns doch mal die verschiedenen Städte angucken, wo wie um was geworben wird. Und es hängt auch mit der Mobilität und der Motorisierung in dieser Gesellschaft zusammen. Und guck Dir die Museumsnächte an – nichts dagegen -, und diese und jene und solche Nächte. Das sind alles Versuche, sich in der Standortkonkurrenz gegenseitig zu überbieten. Man bewegt sich aber schlicht und ergreifend in der Konkurrenz. Man bewegt sich nicht in einem Gegenmodell zur Konkurrenz, wo man sagen würde: Lasst uns doch mal Schluss machen. Lasst uns doch mal entgrenzen. Da sind in meinen Augen die Kirchen mit ihren Interessen, die da kommen, viel menschennäher als diese Argumentation, die sich auf Wirtschaftsstrukturen und *daraus* sich ergebende Notwendigkeiten konzentrieren, z.B. Zeiten abzustimmen. Ich will damit nicht sagen, dass es nicht ein sehr reizvoller Prozess mit großen Notwendigkeiten ist, Zeiten abzustimmen.

Es ging ja auch weit darüber hinaus, und nicht umsonst findet man in der Langfassung seines Gutachtens hinter dem, was dann tatsächlich Gesetz wurde, nämlich das tripartistische Modell der Runden Tische, den Hinweis auf ein Volksbegehren, das von der italienischen Frauenbewegung initiiert wurde. Da wurde zunächst in eine andere Richtung argumentiert.

Er zitiert selbst aus dem Entwurf zu dem Volksbegehren, das unter dem Motto stand: „Die Frauen verändern die Zeiten. Lebenszyklus, Arbeitszeit, Zeiten der Stadt.“ Dieser Versuch verfolge das „ambitiöse Ziel, im städtischen Bereich Arbeitszeiten, Schulzeiten, Transportzeiten, Kinderbetreuungszeiten, Öffnungszeiten so aufeinander abzustimmen und zu verändern, dass sie mit den alltäglichen Lebenslagen der Bürgerinnen der Stadt vereinbar würden“. Lebenslagen, so könnte man argumentieren, ist etwas ganz anderes als das, was – und hier schließt sich der Kreis – im Regierungsentwurf als Dienstleistungsorientierung und Erlebnischarakter bezeichnet wurde. Das ist ein viel weiterer Begriff, der in der Tat das Reden darüber, wie denn und ob überhaupt Vereinbarkeit zwischen Leben und Arbeit möglich ist. Ich denke, so etwas könnte man nicht so einfach in einen Gesetzesentwurf gießen...

...wobei ich denke, dass sich die Überlegungen von Ulrich Mückenberger wohltuend unterscheiden von dem modernistischem Geschwätz von Rot-Grün, das nur einen Abklatsch von Schwarz-Gelb aus den Jahren 95/96 darstellt. Denen ist ja nichts Neues eingefallen. Nichts. Es ist die gleiche Sauce in anderer Farbe. Und das, was Ulrich Mückenberger vorschwebt, ist *ein* Teil der Probleme. Und: Er wird mit seiner Argumentation benutzt, schamlos benutzt von Rot-Grün. Die uns dann sagen: Aber Euer Ulrich Mückenberger... Dabei haben sie seine Sachen wahrscheinlich gar nicht gelesen. Sie beziehen sich auf ihn wahrscheinlich nur als Argument gegenüber denjenigen, die sagen, wir haben Machtverhältnisse in dieser Gesellschaft, die strukturell bedingt sind, über die Konkurrenz, über die Großkonzerne, über die relative Machtlosigkeit der kollektiven Interessenvertretungen, trotz allem Sozialstaat. Es geht nicht zusammen. Wenn wir Bewegungen hätten, wie damals, als Mückenberger seine Italienstudien gemacht hat, kommunale Macht hätten, nicht nur wir als Gewerkschaften, sondern dass Frauenverbände, Elternverbände, Lehrer, ErzieherInnen etc. gegen die Kapitalinteressen aufstehen würden, und wenn wir Parteien hätten, die nicht nur auf Pfiff von bestimmten Unternehmensverbänden funktionieren würden, sondern eben eine Situation, von der man sagen könnte, da werden die unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen artikuliert und zum Ausgleich gebracht und man könnte über Macht aushandeln, dann wäre das ein oder andere machbar. Aber ein paar Sachen laufen in dieser Wirtschaftsgesellschaft einfach nicht. Das ist meine Erfahrung und meine theoretische Überzeugung.

Vielleicht eins noch: Ulrich Mückenberger soll erklären, warum er all diese Argumente für die Ladenöffnung samstags bis 20 Uhr verwendet und wo er den Bedarf dafür hernimmt. Denn nirgendwo gibt es diesen Bedarf. Nicht die vier Leute in Mannheim und die drei in Heidelberg oder die 17 in Frankfurt. Er sagt ja, es *gibt* das Zeitinteresse, und dafür müssen wir einen Ausgleich finden. Er weist es aber nicht nach. Es sind Logeleien.

Auffällig ist, dass er einerseits immer die Verschiedenheit der Zeitbedürfnisse anführt, wenn es darum geht, die Flexibilisierung zu legitimieren, andererseits aber darauf hinaus will, dass es gemeinsame Zeit geben muss im Interesse der, wie es bei ihm so schön heißt, „sozialen Kohäsion“ und einer „nahräumlichen Kultur des Vertrauens und der Kooperation“. Die Beispiele, die er bringt, beruhen immer darauf, dass freie Verabredungen möglich sind, und zwar egal ob es um Sport, Erziehung, Musik, Arbeit, Kneipe, Umsatz, Ämterbesuch - was auch immer geht. So lange so getan wird, als ob dies alles gleichzuordnen sei, faktisch also Ökonomie gar nicht vorkommt, lässt sich natürlich munter von der Realisierungsmöglichkeit solcher Beteiligungsformen als „zeitgemäßer Alternative zur zentralen Regulierung oder zur Deregulierung“ reden...

...ja, dass die Flexibilisierung selbst etwas mit wirtschaftlichen Gründen und mit Macht zu tun hat. Hier werden sehr unterschiedliche Interessen vermengt. Wenn wir da raus wollen, dann müssen wir eigene, ganz andere Beispiele finden. Dann müssen wir uns überlegen: Was

wollen wir mit unserer Zeit? Und welche Möglichkeiten habe ich überhaupt, mich zu verabreden?

** Die Kurzfassung des Statements von Ulrich Mückenberger ist erschienen auf der Dokumentationsseite der Frankfurter Rundschau vom 10. März 2003: „Mit flexiblen Ladenöffnungszeiten gegen die Krise der Stadt. Mehr urbane Lebensqualität und die Bedürfnisse der Arbeitnehmer sind vereinbar“. Die Langfassung, in der die italienischen Erfahrungen und die darauf basierenden kommunalen Zeitpakete ausführlich geschildert werden, ist einzusehen in: www.fr-aktuell.de/doku*

Kirsten Huckenbeck arbeitet auch als Redakteurin fuer die Zeitschrift "express"; das Interview erscheint dort in leicht gekürzter Form (Nr. 4/2003).